



Statement

(Es gilt das gesprochene Wort!)

20. Januar 2025

Stefan Körzell

Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstands des DGB

Statement zur Jahrespressekonferenz 2025

Berlin, 20. Januar 2025

Meine Damen und Herren,

Damit Deutschland ein modernes Land bleibt, muss die nächste Bundesregierung dringend ihre Investitionstätigkeit verstärken. Und das geht nur - die Vorsitzende hat es bereits erwähnt - indem die Schuldenbremse reformiert wird.

Für Investitionen in die Infrastruktur, in die Zukunftsfähigkeit unseres Landes sollte die Schuldenbremse von vornherein nicht gelten. In den letzten Jahrzehnten wurde in Deutschland viel zu wenig investiert. Gemessen an der Wirtschaftsleistung sind wir in Europa fast Schlusslicht bei den Investitionen in die Infrastruktur. Selbst der Sachverständigenrat warnt vor einem schädlichen Sparkurs. Wer zukünftig die goldene Investitionsregel nicht anwendet, wird in einer bleiernen Zeit aufwachen.

Aktuell besteht ein zusätzlicher Investitionsbedarf bei Bund, Ländern und Gemeinden von mindestens 600 Milliarden Euro über die nächsten zehn Jahre, um unsere Infrastruktur zu modernisieren, Schulen zu sanieren und unsere starke Wirtschaft auf klimafreundliche Füße zu stellen.

Ökonomische Berechnungen zeigen, dass ein kreditfinanziertes öffentliches Investitionsprogramm auch die Unternehmensinvestitionen antreibt: Für jeden staatlich investierten Euro kommen nochmal bis zu 1,3 Euro an Unternehmensinvestitionen dazu. Die so erzielten Wachstumseffekte können sogar dazu führen, dass die Staatsschuldenquote sinkt – und zwar spätestens ab 2029 dauerhaft unter die Marke von 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

Auch mit einem großen kreditfinanzierten Investitionsprogramm bleiben die deutschen Staatsschulden also deutlich unter dem Niveau der großen europäischen Nachbarländer.“

Die Kommunen allein müssten in den nächsten zehn Jahren über 200 Milliarden zusätzlich investieren. Vor allem für Schulen, kommunale Straßen oder den Ausbau des Personennahverkehrs wird dieses Geld dringend gebraucht.

Dieses Problem kann nur gemeinsam mit Bund und Ländern gelöst werden. Anderenfalls droht der Zusammenhalt der Gesellschaft weiteren Schaden zu nehmen.

Wir wollen keine Steuerreform mit der Gießkanne. Wir wollen, dass es in unserem Land sozial gerechter zugeht. Die Einnahmehasis des Staates muss insgesamt verbreitert werden.

Die Zahl der Privatiere, die ausschließlich von Vermögenseinkünften leben, ist zuletzt auf knapp 900.000 Personen gestiegen. Die reichsten 10 Prozent der Bevölkerung besitzen hierzulande mehr als 60 Prozent des gesamten Vermögens, während die ärmere Hälfte der Bevölkerung zusammen nur rund 2,3 Prozent des Vermögens hält.

Die wachsende Ungleichheit ist eine große Gefahr für die Demokratie. Wir wollen mehr Leistungsgerechtigkeit: Es ist überhaupt nicht nachvollziehbar, warum leistungsloses Einkommen geringer besteuert wird als Erwerbsarbeit. Reiche und Superreiche, große Erbschaften, Höchstverdienende und Kapitaleinkünfte müssen endlich mehr zur Finanzierung des Gemeinwesens beitragen.

Zu einem gerechten Steuersystem gehört für uns die Vermögenssteuer. Sie sollte wieder eingeführt werden. Die Erbschaftsteuer sollte gerechter gestaltet und Kapitaleinkünfte sollten höher besteuert werden. Bei der Einkommensteuer wollen wir die „unteren“ 95 Prozent der Beschäftigten entlasten. Damit wird der breite Konsum gestärkt und die wirtschaftliche Entwicklung stabilisiert.

Die nächste Bundesregierung sehen wir in der Pflicht, die Tarifbindung wieder zu stärken. Die Ampel-Koalition hatte sich in dem Politikfeld viel vorgenommen, aber durch die Blockadehaltung der FDP leider nichts zu Stande gebracht.

In den 90er Jahren lag die Tarifbindung in Deutschland noch bei rund 80 Prozent. Heute arbeiten nur noch knapp 50 Prozent der Beschäftigten unter dem Schutz von Tarifverträgen. Damit liegt Deutschland unter den westeuropäischen EU-Mitgliedern auf dem vorletzten Platz. Nur noch Irland liegt hinter uns.

Zur Stärkung der Tarifbindung trägt unter anderem ein wirksames Bundestariftreuegesetz bei. Zudem müssen Tarifverträge leichter für gesamte Branchen allgemeinverbindlich erklärt werden können. Auch ein digitales Zugangsrecht für die Gewerkschaften in die Betriebe muss endlich kommen.

Zu guter Letzt: Der gesetzliche Mindestlohn liegt seit seiner Einführung fast konstant unter der empfohlenen Marke von 60 Prozent-vom mittleren Einkommen. Das ist die international anerkannte Richtmarke für die Armutsschwelle. So empfiehlt es auch die EU in ihrer Richtlinie.

Nur mit der außerordentlichen Anhebung auf 12 Euro wurde diese Marke fast erreicht. Die letzte Entscheidung der Mindestlohnkommission – gegen die Stimmen der Gewerkschaften – und die steigende Inflation haben diesen Anstieg leider vollkommen aufgezehrt. Wir setzen uns dafür ein, dass im kommenden Sommer – dann steht die nächste Entscheidung an – ein armutsfester Mindestlohn dabei herauskommt. Der muss Stand jetzt bei ca. 15 Euro liegen. Ansonsten ist der Gesetzgeber wieder gefragt.